

# Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt

Erscheint jeden Wochentag nachmittags - Fernspr. Nr. 11.  
Postfachkonto Leipzig 28 464. - Gemeindefachkonto 14. -  
Bankkonten: Commerz- und Privat-Bank Zweigstelle Hohen-  
stein-Ernstthal - Darmstädter und Nationalbank Zweig-  
niederlassung Hohenstein-Ernstthal - Unverlangt eingehende  
Manuskripte werden nicht zurückgeschickt - Einblendungen  
ohne Namensnennung finden keine Aufnahme

## und Anzeiger

Bei Klagen, Konkursen, Vergleichs usw. wird der Brutto-  
betrag in Rechnung gestellt. Im Falle höherer Gewalt -  
Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes  
der Zeitung, der Lieferanten oder der Beförderungs-  
betriebe - hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung  
oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des  
Bezugspreises

Hohenstein-Ernstthaler Zeitung, Nachrichten und Neueste Nachrichten

Generalanzeiger für Hohenstein-Ernstthal mit Gittinggrund, Oberlungwitz, Gersdorf,  
Hermisdorf, Bernsdorf, Rilsdorf, Langenberg, Meinsdorf, Falken, Langenschürsdorf, Reichen-  
bach, Callenberg, Grumbach, Eirschheim, Ruchsnappel, St. Egidien, Wästenbrand, Gräna,  
Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Pleiße und Rugsdorf.



Dieses Blatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts,  
des Finanzamts und des Stadtrats zu Hohenstein-Ernstthal, sowie der Behörden der  
umliegenden Ortschaften behördlicherseits bestimmte Blatt.

Druck und Verlag von Dr. Alban Frisch.

Nr. 122

Der Raum des Millimeters der einpaltigen Anzeigen-  
seite kostet 6 Pf., der einpaltigen Reklamezeile 18 Pf.  
Für den Nachweis werden 25 Goldpfennige berechnet.

Sonnabend, den 26. Mai 1928

Bezugspreis halbmöndlich 80 Goldpfennige  
einschließlich Erdaerlöb.

78. Jahrg.

### Volkspartei und Koalition

Eigene Dramatbildung

Berlin, 26. Mai

Es ist - wie bereits gestern an dieser Stelle  
ausgeführt - selbstverständlich, daß die  
Hauptschwierigkeiten für alle Koali-  
tionsverhandlungen zwischen Sozialdemo-  
kraten und Deutscher Volkspartei  
liegen. Wenn beide Parteien der Großen Koali-  
tion zustimmen, so folgen sie dabei mehr der Not  
als der Neigung. Weder bei dem linken Flügel  
der Sozialdemokratie noch auf dem rechten Flügel  
der Volkspartei ist man mit dem Herzen bei  
der Großen Koalition und würde jede andere  
Lösung wahrscheinlich vorziehen. Sollten die  
Sozialdemokraten, wie man nach sicher-  
eren Informationen befürchten muß, sehr  
weitgehende Personalwünsche stellen,  
so würde natürlich die Lage der Volks-  
partei, die die große Koalition erstreben,  
ihren Fraktionsgenossen gegenüber sehr schwie-  
rig werden. Nehmen wir als wahrscheinlich  
an, daß die kommende Regierung sich auf Sozial-  
demokraten, Demokraten, Zentrum und Deutsche  
Volkspartei stützen wird, so ergibt ein einfaches  
Rechenexempel, daß die Sozialdemokraten bei  
einer solchen Koalition 20 Abgeordnete mehr in  
die Weichsel zu werfen hätten, als die übrigen  
drei Parteien zusammengenommen. Gestützt  
auf diese Tatsache, beabsichtigen sie, die Mehr-  
zahl der Ministerposten für sich zu for-  
dern. Das Kabinett besteht einschließlich des  
Reichskanzlers aus 11 Köpfen. Wird das Mini-  
sterium der besetzten Gebiete wieder befehlt, so  
müssen 12 Minister ernannt werden. Die  
Sozialdemokraten beabsichtigen, von diesen 12  
Ministerposten für sich sechs einschließlich des  
Kanzlers zu beanspruchen und wollen dem Zen-  
trum drei, der Volkspartei zwei und den Demo-  
kraten einen Minister zugewinnen. Ob die Volks-  
partei unter solchen Bedingungen in die Regie-  
rung eintritt, ist selbstverständlich zweifelhaft.  
Sie dürfte nichts dagegen einzuwenden haben,  
daß die Sozialdemokratie den Kanzler stellt, da  
es ihr nur recht sein kann, wenn der überragende  
Einfluß der Sozialdemokraten auf die Regie-  
rung durch einen sozialdemokratischen Reichs-  
kanzler vor dem ganzen Lande recht deutlich ge-  
kennzeichnet wird. Im übrigen wird ihre Ent-  
scheidung natürlich davon abhängen, welche und  
wieviele Ministerposten ihr zugewilligt werden  
und wie die übrigen Parteien die anderen Plätze  
im Kabinett bezeugen.

Auf jeden Fall muß die Volkspartei gewisse  
Sicherungen verlangen. Dazu dürfte einer-  
seits eine bindende Verpflichtung der  
Sozialdemokratie gehören, ihre Gegner-  
schaft gegen die Wehrmacht zurückzu-  
stellen. Es liegen nämlich sichere Informationen  
darüber vor, daß die Sozialdemokraten  
beabsichtigen, in dieser Hinsicht im Reichstag so-  
fort schweres Geschütz aufzufahren. Hier könnte  
die Volkspartei natürlich nicht mitmachen. Sie  
wird weiter dem Umstand Rechnung tragen  
müssen, daß in Beamtenkreisen große Er-  
regung herrscht, weil man fürchtet, die so sehr  
gestärkte Linkspartei würde die wohlverwobenen  
Rechte der Beamtenschaft anzutasten versuchen.  
Ebenso selbstverständlich ist es, daß Sicherungen  
dafür geschaffen werden müssen, daß die ein-  
mal begonnene Sanierungsaktion für  
die deutsche Landwirtschaft nicht plötz-  
lich wieder abgestoppt wird. Sehr maß-  
gebende Abgeordnete glauben überhaupt die  
Sanierung der deutschen Landwirtschaft als die  
Hauptaufgabe des kommenden Reichstages be-  
trachten zu können. In diesem Falle müßte die  
Sozialdemokratie ihre bisherige Haltung einer  
sehr erheblichen Revision unterziehen.

Es braucht wohl nicht erwähnt zu werden,  
daß die Volkspartei natürlich auch großen Wert

### Hermann Müller wird mit der Regierungsbildung beauftragt werden

Berlin, 25. Mai

Der Reichspräsident wird, wie be-  
reits angekündigt, in erster Linie den Vor-  
sitzenden der sozialdemokratischen Fraktion, den Ab-  
geordneten Hermann Müller-Krause, mit  
der Regierungsbildung beauftra-  
gen. Weitergehende Mitteilungen haben nur  
den Wert leerer Kombinationen.

Wirtschaftspartei und Große Koalition

Berlin, 25. Mai

Der Vorstand der Wirtschaftspartei  
trat heute zusammen, um die durch den Ausgang  
der Reichstagswahl geschaffene politische  
Lage zu besprechen. Zur Neubildung der  
Regierung konnte er jedoch nicht Stellung  
nehmen, weil das Sachverhalte der Reichstags-  
fraktion ist, die erst nach Pfingsten zusammenberufen  
werden wird. Schon heute läßt sich aber so viel  
sagen, daß die Partei eine Einladung  
zu Verhandlungen über die Große Koali-  
tion nicht von vornherein und grund-  
sätzlich ablehnen würde. Wie wir hören,  
geht die Meinung der Wirtschaftspartei dahin,  
daß ihre Mitarbeit in einer Regierung wesent-  
lich abhängig zu machen ist von dem Pro-  
gramm des Kabinetts, namentlich von den  
Gesetzesvorlagen, die es einbringt oder einzu-  
bringen gedenkt.

Eine sozialistische „Regierung der Bauern und  
Arbeiter“?

Berlin, 25. Mai

Im Rahmen der Gerüchte und Kombinationen  
über die Regierungsneubildung veröffentlicht die  
„Vorwärts“ eine interessante Zuschrift, in  
der gesagt wird,  
daß bei einigen Führern der Kommuni-  
stischen Partei die Neigung bestehe,  
an die Sozialdemokratische Partei mit dem  
Erzuchen heranzutreten, über die Frage der  
Beteiligung der Kommunisten  
an der Regierung zu verhandeln. Diese  
Regierung solle die Firma einer „Regierung  
der Bauern und Arbeiter“ tragen.

darauf legen muß, daß die Wirtschaftspartei  
endlich ihr Teil Verantwortung mit über-  
nimmt. Dieser Standpunkt wird auch von den  
Demokraten und dem Zentrum vollkommen ge-  
teilt. Die Wirtschaftspartei wird freilich keine  
große Neigung haben, ihren Wählern zu beweisen,  
daß sie alle Versprechungen nicht wird halten  
können. Es wäre im Interesse der Gesund-  
dung unserer politischen Verhältnisse außer-  
ordentlich zu begrüßen, wenn der Wirtschafts-  
partei das Ministerium angeboten wird, auf  
dessen Befehle sie den größten Wert legen  
müßte und dessen Ablehnung ihr von ihren Wäh-  
lern nie verziehen werden würde. Das ist das  
Finanzministerium. Gewiß sind gerade für die-  
ses Ministerium schon jetzt Kandidaten in Fülle  
da. Das Zentrum dürfte Wert darauf legen,  
dieses Ministerium weiter in der Hand zu be-  
halten, wenn es auch eventuell Köhler durch  
Wirth ersetzen würde, den ein gut Teil der  
Zentrumsfraktion auf jeden Fall ins Kabinett  
schicken möchte. Von den Demokraten haben  
Bernhard und vor allem Reinhold An-  
sprüche angemeldet. Die Kandidatur Reinholds  
würde von der Volkspartei unterstützt werden  
und wäre auch den Sozialdemokraten durchaus  
annehmbar.

Man denke sich auf kommunistischer Seite die  
Sache offenbar so, daß es gelingen könnte, zu  
diesem Zwecke eine ähnliche Front zu bilden wie  
im Kampfe um die Fürstenernennung. Die par-  
lamentarische Lösung der Aufgabe stelle man sich  
etwa folgendermaßen vor: die Sozialdemokratie  
hat 30,6, die Kommunisten haben 10,2 v. H. der  
abgegebenen Stimmen erhalten. Dazu kämen  
dann der Deutsche Bauernbund mit  
7,7 v. H. und vielleicht noch einige Splitter aus  
dem Bürgertum. Wenn das auch noch immer  
keine tragfähige parlamentarische Mehrheit er-  
gebe, so erwarte man in kommunistischen Krei-  
sen doch, daß bei den entscheidenden Abstimmun-  
gen auch noch einige christliche Arbeiter- und Bau-  
ernvertreter aus den anderen bürgerlichen Par-  
teien zur Unterstützung einer solchen Regierung  
bereit erklären. Als letztes Mittel bleibe  
immer noch eine baldige Auflösung des  
Reichstages, und Neuwahlen würden dann  
„sicher“ die erforderliche Mehrheit für eine  
solche Regierung der Arbeiter und Bauern  
bringen. Der „Vorwärts“ befaßt sich eingehend  
mit dem Inhalt dieser Zuschrift. Er verhält sich  
im allgemeinen sehr zurückhaltend, ja ableh-  
nend gegenüber den Gedankengängen dieser  
Zuschrift, aber man kann zwischen den Zeilen  
doch lesen, daß eine Entwicklung in dem hier an-  
gedeuteten Sinne von den Sozialdemokraten be-  
günstigt würde.

Diese geheime Freude des „Vorwärts“ ist  
freilich nur von kurzer Dauer gewesen, denn die  
„Kote Fahne“ rückt mit der größ-  
ten Entschiedenheit von dieser  
Zuschrift ab. Das Blatt überschlägt sich ge-  
radezu vor Eifer, um den Inhalt der Zuschrift  
bis ins Letzte zu verhöhnen. Die „Kote Fahne“  
spricht von einem schlechten Aprilscherz und von  
einer Höchstleistung an Blödsinn. Der ganze Ar-  
tikel sei ein dreistes, aber völlig verunglücktes  
Manöver, um den Arbeitern „die neue Koali-  
tionspolitik der Kosselpartei mit den großkapitali-  
stischen Ausbeuterparteien demagogisch mundge-  
recht zu machen.“

### Der 11. August

in diesem Jahre noch kein Feiertag

Berlin, 25. Mai

Aus Anlaß des Reichsratsbeschlusses über die  
Festsetzung des 11. August als Natio-  
nalfeiertag ist in einigen demokratischen  
Blättern behauptet worden, daß nunmehr ein  
derartiger Beschluß im Reichstag mit Sicherheit  
zu erwarten sei, denn dieser Antrag könne im  
Reichstag mit einfacher Mehrheit angenommen  
werden. Eine solche Mehrheit stünde ohne wei-  
teres zur Verfügung.

Demgegenüber schreibt heute die Nachtaus-  
gabe: Zunächst habe das Zentrum bisher die-  
sen Antrag immer abgelehnt, so daß schon  
die Mehrheitsfrage angeklart sei. Aber über  
den verfassungsmäßig ändernden Charak-  
ter entscheide auch nicht nur der Reichsrat, son-  
dern auch der Reichstag und in letzter In-  
stanz der Staatsgerichtshof. Selbst wenn sich im  
Reichstag eine Mehrheit auf den Standpunkt  
stellen könnte, daß das Gesetz über die Einfüh-  
rung eines Nationalfeiertages nicht verfassungs-  
ändernd sei, so würde immer noch die Möglich-  
keit bestehen, den Staatsgerichtshof zur  
Entscheidung anzurufen. Dadurch würde die

Durchführung des Gesetzes um etwa zwei Monate  
hinausgeschoben werden, so daß für dieses Jahr  
die verfassungsmäßige Festlegung  
des 11. August als Nationalfeiertag  
nicht in Betracht kommen würde.

Hindenburg-Spende und Kleinrentner

Berlin, 25. Mai

Der aus dem Verkauf der Wohlfahrtsmarken  
der Hindenburg-Spende erzielte Erlös,  
der bekanntlich den Kleinrentnern zugute  
kommen soll, wird nunmehr zur Ausschüttung  
kommen. Die Hindenburg-Spende hat jetzt mit  
der Verteilung der Beträge auf die Länder und  
Provinzen begonnen. Das Vorschlagsrecht für  
die Bewilligung solcher Unterfütterungen liegt bei  
den Oberpräsidenten. Jeder Antragsteller kann  
deshalb seinen Antrag nur an den für seinen  
Wohnbezirk zuständigen Oberpräsidenten richten.  
Da die zur Verfügung stehende Gesamtsumme  
nur rund 400 000 Mark beträgt, können leider  
nur die dringendsten Notfälle be-  
rücksichtigt werden. Für die Stadt Berlin kom-  
men z. B. nur 24 000 Mark zur Ausschüttung, für  
die Provinz Brandenburg 22 000 Mark. Ferner  
halten Pommern 29 000 M., Ostpreußen 23 000,  
Schlesien 16 000 M. usw.

Verhaftungen durch die Besatzungsbehörde  
in Zweibrücken

Zweibrücken, 25. Mai

Die Besatzungsbehörde hat in Sachen der in  
der Nacht zum 1. Mai am französischen Offi-  
zierskasino herabgerissenen Triflore heute früh  
eine in den 30 Jahren stehende Anna Korn-  
berger gegen 5 Uhr aus dem Bett verhaf-  
tet und nach 6 Uhr in Richtung Landau ab-  
transportiert. Um 5,45 Uhr wurde auch ein  
Autogaragenbesitzer Eugen Frank aus dem  
Bett heraus verhaftet. Er wurde um 9 Uhr  
gehaftet durch zwei französische Gendarmen eben-  
falls in Richtung Landau weggeschafft. Beide  
Verhafteten hatten vor einigen Tagen längere  
Vernehmungen über sich ergehen lassen  
müssen, weil sie mit zwei jungen Leuten im  
Kraftwagen ins rechtsrheinische Gebiet gefahren  
sind. Diese jungen Leute werden von den  
Franzosen als Täter angesehen, befreiten aber  
jede Teilnahme an dem Vorfall. Sie befinden  
sich noch jenseits des Rheines.

### Die verurteilten Elsäßer Autonomisten legen Verurteilung ein

Kolmar, 25. Mai

Das gestrige, der Gerechtigkeit hohnsprechende  
Urteil im Autonomistenprozess, das  
im ganzen Elsaß, auch in den frankophilen Krei-  
sen, größte Empörung und Bestürzung hervor-  
gerufen hat, dürfte in dieser Gestalt nicht  
rechtskräftig werden. Die Verurteilten  
haben nämlich bereits beim Kassationshof die  
Rechtskräftigkeit des Urteils eingeklagt, die sie  
mit den unzähligen bei der Verhandlung vorge-  
kommenen Formfehlern begründen.

Die Verurteilung Kossés und Ri-  
dels wirft die Frage auf, ob die beiden Depu-  
tierten von Kolmar und Altkirch dadurch des  
Rechtes verlustig gehen, am 1. Juni oder nach  
Verbüßung ihrer Strafe auf den Deputierten-  
bänken des Palais Bourbon Platz zu nehmen.  
Von einigen Blättern ist bezeichnenderweise be-  
reits die Ansicht geäußert worden, daß in den  
genannten beiden Stimmbezirken nunmehr  
Neuwahlen zu erfolgen hätten. Der be-  
kannte Parlamentarier de Monzie erklärt im  
„Echo de Paris“ demgegenüber, daß die letzte  
Entscheidung bei der Kammer liege.